

## Frage des Tages

War es okay, den Grossratssaal für eine politische Aktion freizugeben?

SP und Grünes Bündnis durften den Grossratssaal für eine politische Aktion nutzen. War das okay? [www.baz.ch](http://www.baz.ch)

Das Ergebnis der Frage von gestern:  
**Hat das Gleichstellungsbüro falsch gehandelt?**



# Heikle Bewilligung durch Grossratspräsidentin

Grossrätinnen und Grossräte der Linken durften im Parlament Solidarität mit türkischer Oppositionspartei kundtun

Von Mischa Hauswirth

**Basel.** Sechzehn waren es an der Zahl. Alles Grossrätinnen und Grossräte der SP und des Grünen Bündnisses. Sie stellten sich am vergangenen Mittwoch vor dem Beginn der parlamentarischen Nachmittagssitzung im Grossratssaal auf, jede und jeder hielt ein Schild mit einem Namen vor sich hin. Es wurden Fotos gemacht, die dann über soziale Medien Verbreitung fanden und prompt aus der Türkei kommentiert wurden. Die SP Basel-Stadt machte via Medienmitteilung am 16. November auf die Aktion aufmerksam und schrieb, es handle sich um eine Solidaritätsbekundung mit der türkischen HDP, einer Oppositionspartei, die unter anderem die Verhaftung von Kritikern oder Oppositionellen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan kritisiert.

Grund für die Aktion war, dass zahlreiche Mitglieder dieser Partei verhaftet wurden und sich zurzeit in Haft befinden. Die SP-Abgeordneten fordern mit dieser Aktion die Türkei auf, «alle politischen Gefangenen umgehend freizulassen und die demokratischen Grundrechte jedes Einzelnen zu respektieren». Zudem verlangen sie vom Bundesrat, deutlich in der Angelegenheit Stellung zu beziehen und sich für die Freilassung der politischen Gefangenen in der Türkei einzusetzen.

Da innerhalb des Grossratssaals nicht einfach jeder tun und lassen kann, was er will, brauchte diese Aktion eine Bewilligung. Eine solche musste von der Grossratspräsidentin Dominique König-Lüdin (SP) erteilt werden. «Die Solidaritätsaktion war mit mir abgesprochen, und ich habe sie bewilligt», sagt sie. «Generell bin ich der Ansicht, dass jede Aktion, die auf Unrecht und Verbrechen hinweist, eine Aussenwirkung hat. Ich finde es sehr wichtig, dass wir in der Schweiz auf Verletzungen gegen die Demokratie und gegen demokratische Rechte hinweisen und das Unrecht öffentlich verurteilen.»

Diese Ansicht teilen nicht alle. «Der Grossratssaal ist der Sitzungsort der kantonalen Legislative. Wenn hier Parlamentarier gegen ausländische Regierungen demonstrieren, dann tun sie dies als schweizerische Legislativ-



**Grossratssaal missbraucht?** Das Parlament diente der SP und dem Grünen Bündnis als Kulisse für ein Foto, um gegen türkische Politik zu protestieren.

mitglieder. Dies geht gar nicht», sagt Andrea Strahm, Präsidentin der CVP Basel-Stadt. «Demonstrieren können sie als Privatleute, aber nicht in ihrer gewählten Funktion. Kritik an anderen Staaten ist Sache des Bundes und der Aussenpolitik. Dies hier ist eine klare Grenzüberschreitung und Kompetenzanmassung.»

### «Nicht gut und unsensibel»

Ähnlich sieht es Eduard Rutschmann, SVP-Grossrat und Vizepräsident der SVP Basel-Stadt. Er hat die Aktion kurz vor Sitzungsbeginn beobachtet. «Dieser Saal ist fürs Parlament da und nicht für irgendwelche Aktionen, sowieso nicht an einem Sitzungstag», sagt Rutschmann. «Wenn dieses Foto im Internet verbreitet wird und am Ende die Leute meinen, es handle sich um eine Parlamentskundgebung, was ist

dann?» Rutschmann will die Lage in der Türkei nicht kommentieren. Für ihn ist das Verhalten der Grossratspräsidentin einfach «sehr fragwürdig»: Auf der einen Seite demonstrierte sie selber öffentlich gegen den neuen US-Präsidenten Donald Trump, auf der anderen Seite bewilligte sie aussenpolitische Aktionen ihrer Parteimitglieder im Grossratssaal.

Wenig Begeisterung auch bei der FDP. Parteipräsident Luca Urge sagt: «Ich bin der Meinung, dass der Grossratssaal generell und ganz besonders an Sitzungstagen des Grossen Rates für politische Aktionen nicht zur Verfügung stehen sollte. Daher finde ich es nicht richtig, dass die Grossratspräsidentin die Aktion bewilligt hat.»

Die Präsidentin der LDP Basel-Stadt, Patricia von Falkenstein, nennt den Entscheid der Grossratspräsidentin «nicht

gut und unsensibel». Der Grossratssaal solle nicht als Kulisse für politische Fototermine gebraucht werden, die mit Basel und der Schweiz nichts zu tun haben. «Für mich ist das aber eine Frage des guten oder weniger guten politischen Stils. Falls die Grossratspräsidentin dies tatsächlich bewilligt hat, finde ich dies persönlich befremdlich. Das Amt verpflichtet zu Neutralität.»

### Eine neue Regelung ist unnötig

Ein direkter Regelverstoss allerdings kann nicht geltend gemacht werden. Thomas Dähler, Leiter Parlamentsdienst, sagt, die Geschäftsordnung des Grossen Rates halte weder fest, dass es erlaubt noch dass es nicht erlaubt sei. Ein klarer rechtlicher Verstoss kann also nicht geltend gemacht werden. Und Patricia von Falkenstein will trotz des Vorfalls keine neue Regelung.

Die Grossratspräsidentin sieht für ihren Entscheid nicht die effektive Wirkung als massgebend. Bei der Aktion «geht es nicht um eine politische Wirkung», sagt sie, «sondern um die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für ein Thema. Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus der Schweiz drücken ihre Solidarität mit ihren Kolleginnen und Kollegen in der Türkei aus.»

Der ehemalige Grossratspräsident und LDP-Grossrat Conradin Cramer sagt, er sei zwar der Ansicht, dass im Grossratssaal nur über Basler Politik debattiert werden sollte, aber er anerkennt auch den Ermessensspielraum von Dominique König-Lüdin. Eine Grossratspräsidentin sollte über der Parteipolitik stehen und dafür sorgen, dass der Parlamentsbetrieb nicht gestört werde, das sei hier ja auch nicht der Fall gewesen.

# «Besorgte liberale Bürger» attackieren Energiesteuer frontal

Eine anonyme Inseratenserie gegen die Energiesteuer gibt der Baselbieter Politik in der Woche vor der Abstimmung Rätsel auf

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Die unterschiedlichen Haltungen ihrer Exponenten zur Energiesteuer, über die am 27. November abgestimmt wird, sorgt derzeit im Baselbieter Freisinn für dicke Luft. Und sie ist übers Wochenende mit Sicherheit nicht

dünner geworden. Grund dafür ist ein Inserat, das am Samstag und Montag gleich dreifach in der BaZ und in der *Basellandschaftlichen Zeitung* erschienen ist und noch während der ganzen Woche erscheinen soll. «Energiesteuer mit Schnüffelstaat in jeder Wohnung – Nein» lautet der Inseratentext. Verantwortlich dafür zeichnen «besorgte liberale Bürger».

### SVP ist offen dagegen

Wer sich hinter den «besorgten liberalen Bürger» verbirgt, ist erst einmal, wie bezweckt, unklar. Von linker Seite kommt es mit Sicherheit nicht, auch wenn der Begriff «Schnüffelstaat» seinerzeit vorwiegend von der Linken verwendet wurde. Und auch bei der SVP reagiert man, auf das Inserat angesprochen, eher mit Stirnrunzeln. «Das würde mich doch sehr erstaunen, wenn da Leute aus der SVP dahinterstünden», sagt der Bottminger SVP-Landrat Hanspeter Weibel. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die SVP ist gegen die Energiesteuer und hat mit überwältigendem Mehr die Nein-Parole gefasst. Warum sollten also Gegner aus der SVP anonym auftreten?

Weibel vermutet daher den oder die Absender eher in den Reihen der FDP, und zwar bei Leuten, die entweder das nötige Geld – es geht um einige Zehntausend Franken – für eine solche Kampagne, eine offene Rechnung mit der Wirtschaftskammer oder beides zusammen haben. Eine gewisse Unzufrieden-

heit sei jedenfalls schon seit längerer Zeit festzustellen.

In der FDP-Parteileitung steht man freilich vor einem Rätsel. Sie habe die Inserate wohl gesehen, wisse aber beim besten Willen nicht, wer dahinterstecke, sagt FDP-Präsidentin Christine Frey und verweist für weitere Informationen an die Gegner der Vorlage innerhalb der Partei. Aber auch FDP-Fraktionschef Rolf Richterich kennt die Urheberschaft der Inserate nicht. «Ich habe jedenfalls nichts damit zu tun», erklärt er gegenüber der BaZ. Ähnlich tönt es beim offiziellen Nein-Komitee von Franz Saladin.

### Ärger bei der alten Garde

Wer sich in der Baselbieter Politik weiter umhört, gelangt jedoch bald zur Auffassung, dass die Absender des Inserats, wie SVP-Landrat Hanspeter Weibel vermutet, durchaus bei den Freisinnigen anzusiedeln sind. Möglicherweise stammen sie aber nicht aus den Reihen der aktiven Politiker, sondern aus der sogenannten alten Garde. Von Angehörigen derselben ist bekannt, dass sie gegen die beiden Energiesteuer-Vorlagen sind. Das gilt etwa für alt Regierungsrat Adrian Ballmer oder alt Ständerat Hans Fünfschilling. Diese haben sich indessen als Gegner geoutet und sind dem Nein-Komitee beigetreten. Es bestünde für sie daher kein Anlass, sich einer anonymen Konkurrenzaktion anzuschliessen, auch wenn diese das gleiche Ziel verfolgt.

Ein Name, der indessen immer wieder fällt, jedoch von niemandem offen ausgesprochen wird, ist derjenige von alt Regierungsrat und alt Kantonalbankchef Paul Nyffeler. Der frühere FDP-Finanzdirektor ist in keinem Komitee, sein Widerstand gegen die Baselbieter Energiesteuer würde indessen allein schon deshalb nicht überraschen, weil die Ja-Parole der FDP für einen Freisinnigen alter Schule nur schwer verständlich ist.

Paul Nyffeler war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Sollte er indessen tatsächlich hinter der anonymen Inseratenaktion stehen, kann er auf das Verständnis vieler Baselbieter Freisinniger zählen. Die Aktion habe «seine volle Sympathie», sagt ein FDP-Mitglied, das ungenannt bleiben will. Ein anderes hält die Situation für bedenklich, dass jemand anonym vorgehen müsse. Das sage einiges über die Wichtigkeit der Vorlage, aber auch über den Zustand der Partei.

### Liberales Gedankengut

Seit die Freisinnigen an ihrem Sonderparteitag ihrer Präsidentin Christine Frey und dem Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, Christoph Buser, gefolgt sind und zur neuen Energiesteuer Ja gesagt haben, ist bei der FDP Feuer im Dach. Mittlerweile kann man von einem Flächenbrand reden.

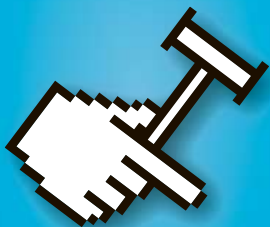
Dabei geht es längst nicht mehr nur um die zweifelhafte Energiesteuer, sondern um das liberale Gedankengut der

Partei und den Weg der Partei in die Zukunft. Bei den aktiven Politikern gehören vor allem der Arlesheimer Landrat Balz Stückelberger sowie Fraktionschef Rolf Richterich zu den Exponenten der Energiesteuer-Opposition. Es hat ihnen das spürbare Missfallen der Parteileitung eingetragen.

ANZEIGE

## 3-2-1: bazauktion.ch

Jetzt registrieren und vom 26.11. bis 5.12.2016 Hammerangebote ersteigern



Basler Zeitung

ANZEIGE

## academia



Deutsch / Englisch

Kindergarten  
Primarschule  
Sekundarschule<sup>1&2</sup>

Individuelle Förderung  
CH- und internationaler Lehrplan

Bonergasse 75 Telefon + 41 61 260 20 00  
4057 Basel [www.academia-international.ch](http://www.academia-international.ch)